

Arbeitskreis

des Sozialdemokratischen  
Partei Deutschlands, Bonn

16. FEB.



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 24831 - 33  
Fernschreiber 0806890

P/XIV/36 - 13. Februar 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Carlo Schmid soll es sein! Von Dr. Dr. Gustav W. Heinemann, MdB	60
3 - 4	Gewitterwolken in Frankreich Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Schauer	69
5	Die "vertraulichen" Maulkörbe Von Franz Barsig	39
6 - 7	Mehr besorgt um die Wiedervereinigung als Bonn Zum Deutschland-Plan des US-Senators Mansfield	67

\* \* \*  
\* \*

Carlo Schmid soll es sein

Von Dr. Dr. Gustav W. Heinemann MdB.

Im September dieses Jahres geht die Amtszeit des Bundespräsidenten Prof. Heuss zu Ende. Eine Verlängerung ist nach dem Grundgesetz ausgeschlossen. Allen Erörterungen über eine Änderung des Grundgesetzes hat Prof. Heuss selbst durch die Erklärung ein Ende gemacht, dass er eine solche Änderung ablehne. Wer wird sein Nachfolger werden?

Partei Vorstand und Parteirat der SPD haben beschlossen, ihren Freunden in der am 1. Juli zusammentretenden Bundesversammlung Prof. Carlo Schmid, den Vizepräsidenten des Bundestages, als Kandidaten vorzuschlagen.

Es hätte nahegelegen, dass zuerst die Bonner Regierungsmehrheit das Thema der Amtsnachfolge des Bundespräsidenten aufgenommen hätte. Was wir bisher erlebten, war jedoch nur das abwegige Bemühen, einen möglichst folgsamen Kandidaten ausfindig zu machen. Am allerwenigsten liess die CDU eine Bemühung erkennen, sich mit der Opposition über einen gemeinsamen Wahlvorschlag zu verständigen. So hat denn die SPD der öffentlichen Erörterung jetzt einen positiven Anhalt und Auftrieb gegeben.

Die Sozialdemokratische Partei ist in der glücklichen Lage, für das hohe Amt des Bundespräsidenten in der Person von Prof. Carlo Schmid einen Mann zu präsentieren, der weit über den Rahmen seines parteipolitischen Wirkens hinaus grosses Ansehen im deutschen Volke und im Ausland genießt. Der Bundespräsident soll als Staatsoberhaupt mehr als jeder andere Amtsträger für alle da sein. In ihm soll sich ein hohes Gesamtmaß der geistigen, moralischen und politischen Kraft unseres Volkes darstellen. Er soll inmitten unseres Volkes ja und dann ein Überlegtes und überlegenes Wort in die Waagschale der Diskussion legen. Er soll unserem Volk nach draußen vor der Welt ein Gesicht verleihen, das Vertrauen erweckt.

13. Februar 1959

Dieses alles zu nennen heißt die Gründe skizzieren, aus denen Prof. Carlo Schmid auf den Schild erhoben worden ist. Wer ihn kennt, weiß, daß er in der Lage ist, der großen Anforderung zu genügen, die das ihm zugedachte Amt stellt. So selbstverständlich es für Prof. Carlo Schmid ist, solidarisch in einer Mannschaft von Gleichgesinnten zu stehen, so sehr hat er zugleich die Gabe, sich über Parteigrenzen hinaus Gehör und Geltung überall da zu verschaffen, wo man für einen Menschen von hoher geistiger Kultur und gegenwartsorientierter Aktivität offen geblieben ist. Er ist bei klarer Grundhaltung sehr unorthodox. Er ist stets bereit, ein mutiges Wort zu sagen. Er ist bereit, seinem Volk zu dienen.

Wird sein Dienst angenommen werden? Diese Frage ist jetzt der Bundesversammlung, bestehend aus den Mitgliedern des Bundestages und ebenso vielen Vertretern der Landtage, gestellt. Sie geht uns alle an und will eine klare Antwort haben.

Können wir etwas anderes dazu sagen, als dieses: Jedes Volk muß dankbar sein, wenn sich aus seiner Mitte führungskräftige Gestalten herausbilden. Das haben wir an Prof. Carlo Schmid erlebt. Deshalb: Carlo Schmid soll es sein, der in das Amt des Bundespräsidenten eintritt!

Freilich, ein Hindernis liegt auf dem Wege. Es zu überwinden wäre töricht. Die Mehrheit der kommenden Bundesversammlung wird nicht aus Sozialdemokraten bestehen, womit nicht gesagt ist, daß sie bei der CDU liegen wird. Erst nach den Landtagswahlen in Niedersachsen und in Rheinland-Pfalz am 19. April d.J. wird sich das parteipolitische Bild der Bundesversammlung durchrechnen lassen. Soll es aber wirklich auf den Partei-Rechenstift hinauslaufen, wer gewählt wird? Oder kann sogar in Deutschland einmal über Parteigrenzen hinweg die gewiesene Persönlichkeit wenigstens dann durchdringen, wenn es um das besondere Amt des Bundespräsidenten geht?

Auch diese für unsere Demokratie wesentliche Frage ist mit der Kandidatur von Prof. Carlo Schmid aufgeworfen.

### Gewitterwolken in Frankreich

Von unserem Korrespondenten Georg Scheuer, Paris

Die vor kurzen erfolgte Betriebsbesetzung in Fives-Lille (Nordfrankreich) als Protest gegen die Massenentlassungen, die Einheitsfront zwischen allen Gewerkschaften (kommunistische, sozialistische und christliche) in diesem Kampf, sind Sturmzeichen. Spezial-Polizei-Truppen räumten den besetzten Betrieb, aber in Paris ist der Arbeitsminister Bacon vor der Erregung der nordfranzösischen Arbeiterschaft zurückgewichen und hat mit den Gewerkschaftsvertretern Verhandlungen begonnen.

Die im März stattfindenden Gemeinderatswahlen bereiten der Regierung jetzt schon große Sorgen. Die Meinungsforschung zeigt, daß die Sympathien für den Gaullismus in rasendem Tempo zusammenschrumpfen und daß die Kommunisten an Popularität wiedergewinnen. Die programmlose Scheinmehrheit der achtzig Prozent ist längst zerfallen, seit sie mit der rauhen Wirklichkeit in Berührung kam: mit den sozialen Tatsachen in Frankreich und mit dem Krieg in Algerien. Links- und Rechtsopposition schlagen in Frankreich erstaunlich scharfe Töne an, neue Gewitterwolken verdunkeln den politischen Horizont. Es ist gewiß kein Zufall, wenn der neue Staatschef in seiner Botschaft an das Parlament wieder vor einer neuen "Crisis des Institutions" warnt.

Die Linksopposition richtet sich gegen die Sozialreaktion, gegen die systematische Ausplünderung des arbeitenden Volkes: nicht nur die Kommunisten und alle Gewerkschaften opponieren, nicht nur der Bund der Demokratischen Kräfte (Autonome Sozialisten und Mendès-France-Anhänger; unter dem Druck der Umstände mußte auch die offizielle SFIO über die von Mollet ursprünglich geplante "konstruktive" Opposition hinausgehen, und zum ersten Mal mußte sie (seit Juni 1958) offene Kritik an de Gaulle üben. Zum ersten Mal wird auch der ursächliche Zusammenhang zwischen den Elendsdekreten und dem Algerienkrieg festgestellt. Die Tatsache, daß die produktiv arbeitenden Elemente der Nation 500 Milliarden neue Opfer zu bringen haben, die Spekulanten und Aktienbesitzer aber nur 50 Milliarden, ruft jetzt in der SFIO-Führung folgende Befürchtung hervor:

"Eine schwere Wirtschaftskrise, deren politische Folgen den Faschismus oder den Bolschewismus begünstigen könnten".

Die Erkenntnis kommt zu spät. Die übrige Linke dürfte diese jämliche Wendung nicht kommentarlos quittieren, das beweist die Zeitschrift von Mendés-France ("Cahiers de la République"), die an die Mitverantwortung von Mollet-Lacoste erinnert: "Verzeheulich versuchen sie, sich von ihrer Vergangenheit abzugrenzen; sie haben die Bilanz ihrer eigenen Politik unterschrieben".

Auf der anderen Seite läuft die Rechtsopposition gegen de Gaulles Algerien-Kurs Sturm. Das Tauziehen zwischen den Friedensbestrebungen und dem Kriegstreiben führte zu Maßnahmen, die für die Kriegspartei zuviel und für die FLN zu wenig sind. Die Freilassung der 7.000 Gefangenen und die Begnadigung der zum Tode Verurteilten sind für die Ultras eine "tödliche Drohung, schlimmer als vor dem 13. Mai".

De Gaulle wird von diesen Leuten in kaum mehr verkühter Weise als "Verräter" taxiert. Frontkämpfer- und Studentenbünde trommeln wieder, wie vor einem Jahr. Die "Volksbewegung des 13. Mai" fordert die Schaffung eines "Blocks" gegen die "Verzichtspolitik". Der Schülerverband ruft zur "Bereitschaft". Die "Ständestaatsbewegung" des Poujadisten Lefèvre bezeichnet die Amnestierung der Algerier als "Verbrechen". Man soll und darf die neuen Eroberungen der Putschisten nicht unterschätzen, sie sind zu neuen Gewalttaten bereit, wenn auch die algerischen Marionetten im Französischen Parlament mehrheitlich für Debré stimmten.

Der politische Umbruch ist in Frankreich noch nicht abgeschlossen. Solange der Algerien-Krieg nicht beendet ist, sind neue Erschütterungen kaum vermeidlich. Ein neuer Staatsstreich oder die offene Militärdiktatur stehen immer noch und immer wieder als Drohungen über dem Land, sobald ein ernster Versuch unternommen wird, den Algerien-Krieg auf dem Verhandlungsweg zu beenden. Die Opposition der arbeitenden Bevölkerung gegen die radikale Senkung des Lebensniveaus könnte die letzte Chance der französischen Demokratie sein, die Sozialreaktion müßte endlich zur Erkenntnis breiterer Volksmassen führen, daß zwischen ihren Entbehrungen und der Fortsetzung des Algerien-Krieges ein direkter Zusammenhang besteht und daß sie an der Beendigung dieses sinnlosen Gemetzels direkt und dringend interessiert sind,

Die "vertraulichen" Kaulkörbe

Von Franz Barsig

Es gibt in Bonn Leute, die sich noch an die ersten Sitzungen des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages erinnern können. Es ging damals viel feierlicher als heute zu und die Sitzungen waren so "geheim", daß vor den verschlossenen Türen sogar hauseigene Kriminalbeamte darüber wachten, daß sich kein Unterbrecher dem Sitzungssaal näherte. Diese Maßnahmen hat man sehr schnell abgebaut, denn offensichtlich sprach es sich selbst bis in die technischen Abteilungen herum, daß fast immer im Auswärtigen Ausschuss nur Dinge behandelt werden, die man in allen Zeitungen auch schon früher hat lesen können.

Man mag diesen Zustand bedauern, aber er ist eine Tatsache. Trotzdem wird man sich von Seiten der Opposition immer weiter darum bemühen müssen, von der Regierung in diesem Ausschuss das zu erfahren, was sie auf außenpolitischem Gebiet wirklich tut. Es kann dabei vieles geben, das wirklich nicht für die breite Öffentlichkeit bestimmt ist, und die Sozialdemokratische Partei hat diese Vertraulichkeit bisher in allen Fällen respektiert.

Trotzdem ist es gerade in der jüngsten Zeit häufig vorgekommen, daß die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der Öffentlichkeit und nachher auch im Ausschuss der Sozialdemokratie vorwarf, die Vertraulichkeit nicht gewahrt zu haben. Diese Vorwürfe sind - und das gilt auch für die interfraktionellen Gespräche - gegenstandslos. Die Sozialdemokratische Partei hat nämlich in all diesen Fällen keinerlei Angaben über Gesprächsinhalte gegeben, sondern sie hat vielmehr ihre politische Wertung über die Ergebnisse solcher Gespräche der Öffentlichkeit mitgeteilt. Wenn sie feststellt, daß ein Gespräch unbefriedigend verlaufen ist, oder wenn sie mitteilt, daß die Regierung über ihre Pläne keine Auskunft gegeben hat, dann ist das keine Mitteilung, die den vertraulichen Charakter einer Besprechung bricht, sondern eine politische Beurteilung, zu der die Sozialdemokratie sogar verpflichtet ist.

Es wäre eigentlich überflüssig, darüber zu schreiben, denn jedem vernünftigen Menschen ist klar, daß es hier nicht um die sogenannte Wahrung der Vertraulichkeit geht, sondern einzig und allein um die recht- und pflichtmäßige politische Bewertung einer Konferenz durch eine Partei. Dieses Recht wird sich die Opposition nicht nehmen lassen, auch wenn die CDU weiter versucht, durch solche "Abkanzlungen" der Opposition den Mund zu versieren. Es besteht wenig Hoffnung, daß die CDU sich belehren läßt, aber eigentlich sollte es niemanden mehr geben, der dieses Geschwätz der CDU/CSU noch weiter ernst nimmt oder gar weiter verbreitet.

Mehr besorgt um die Wiedervereinigung als Bonn

ler - Manches lässt sich gegen den Deutschland-Plan des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der Demokratischen Partei der Vereinigten Staaten, Senator Mike Mansfield, sagen, nur nicht dies, dass er nicht aus grosser Sorge um die anhaltenden Folgen einer länger währenden Teilung Deutschlands geboren worden wäre. Sein Plan fügt der durch den Chruschtschow-Vorstoss entfachteten Berlin- und Deutschlanddiskussion neue Aspekte hinzu, und wie wichtig diese auch vom offiziellen Washington genommen werden, sagt die Ankündigung eines Sprechers des amerikanischen Außenministeriums, man werde diese Vorschläge sorgfältig prüfen. Bei früheren Gelegenheiten und ähnlichen Vorstössen - Senator Mansfield hat sich auf diesem Gebiet schon seit langer Zeit hervorgetan - ist dies von offiziellen Stellen als die persönliche Meinung eines Aussenseiters abgetan worden. Diesmal aber steckt dahinter ein Kern aufrichtigen Bedauerns, alle Vorschläge in den Kreis eigener Überlegungen der Regierung einzubeziehen, die zu einer Grundlage für das Gespräch mit der Sowjetunion führen könnten.

Gewiss enthalten Mansfields Ideen nicht den Stein der Weisen. So hat der mit grossen Ehren in den USA empfangene Willy Brandt mit gutem Recht gesagt, es wäre eine gefährliche Illusion zu glauben, dass so grosse Probleme wie die "Harmonisierung" der militärischen Systeme beider Zonen von Bonn und Pankow und die Wiedervereinigung Deutschlands allein auszuhandeln wären; das hiessse, die Siegermächte des zweiten Weltkrieges aus der Verantwortung in der Deutschlandfrage zu entlassen.

Etwas anderes ist die Idee Mansfields. West- und Ostberliner Beamte sollten über eine gemeinsame Verwaltung Berlins und seiner öffentlichen Dienste verhandeln, die Westmächte und die Sowjetunion sollten garantieren, dass ein wiedervereinigtes Deutschland weder einem militärischen Druck seiner Nachbarn ausgesetzt würde, noch gegen diese einen militärischen Druck ausüben könne, sowie der Gedanke eines Auseinanderrückens der mit Kernwaffen ausgestatteten Streitkräfte von Ost und West aus Deutschland und Mitteleuropa. Das ist altes Gedankengut der deutschen Opposition, aber auch der kritischen Labour-Party. Diese gewiss nur schrittweise vollziehbaren Lösungen drängen sich automatisch auf, wenn man die Deutschland-Frage aus ihrer Erstarrung herausführen will.

Hinter Mansfields Vorstoß steht die alles überschattende Sorge, wegen Deutschland in einen kriegerischen Konflikt mit der Sowjetunion verwickelt zu werden. Die durch die Berlin-Vorstöße Chruschtschows ausgelöste Entwicklung hat ihre eigene Automatik, der Westen kann hierbei nicht die Rolle eines teilnahmslosen Zuschauers übernehmen. Dagegen rebelliert die öffentliche Meinung, die die Regierungen zu respektieren haben. Kann aber der Westen bei den künftigen Verhandlungen mit der Sowjetunion sein volles moralisches und politisches Gewicht für eine Entspannung in Europa, an der ja auch der Sowjetunion gelegen ist, in die Laagechole werfen, wenn die Regierungen zweier so wichtiger Länder wie die Frankreichs und der Bundesrepublik mehr oder weniger auf der Stelle treten und sich der Ausarbeitung von Alternativen und wegweisenden Initiativen verschließen? Man weiss heute, dass der schwerkranke amerikanische Außenminister Dulles von seinem Bonner Blitzbesuch mit leeren Händen zurückgekehrt ist. Adenauer begnügte sich mit der Ablehnung der sowjetischen Vorschläge, doch gleichzeitig wehrte er sich heftig gegen die Ausarbeitung eigener westlicher Gegenvorstellungen. Das kann, wie die Dinge liegen, nur zur Verhärtung des Status quo führen, muss jede Konferenz über Deutschland zwischen den Siegermächten, auch wenn die Vertreter von Bonn und Pankow als Berater hinzugezogen werden, von vornherein zum Scheitern bringen und muss in weiterer Konsequenz die Folge haben, dass sich dann die Vereinigten Staaten und Grossbritannien bei dem zu erwartenden Gespräch mit der Sowjetunion nur auf die Sicherung ihrer Rechte auf Berlin beschränken.

Die Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems und die darin einzig mögliche deutsche Wiedervereinigung in Schritten bliebe dann, wenn überhaupt, einer nicht erkennbaren Zukunft vorbehalten.

Gerade das fürchtet Senator Mansfield. Er weiss, dass eine solche "Regelung", die sich nur auf Berlin bezieht, den Unruheherd der deutschen und europäischen Spaltung bestehen lässt. Will sich die Bundesregierung den Ruf eines internationalen Störenfriedes aussetzen? Schon wird er hier und da erhoben.

+ + +